

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 5. SEPTEMBER 2019

GESCH.-NR.	2019-0519	
BESCHLUSS-NR.		
IDG-STATUS	öffentlich	
SIGNATUR	16 16.04 16.04.22	GEMEINDEORGANISATION Grosser Gemeinderat Postulate
BETRIFFT	Postulat Arie Bruinink, Grüne, und Mitunterzeichnende, betreffend Anpassung Strategiepapier "Energiezukunft Illnau-Effretikon 2008 bis 2050" / Substantielles Protokoll	

[...]

5. **GESCHÄFT-NR. 2019/035** **POSTULAT ARIE BRUININK, GRÜNE, UND MITUNTERZEICHNENDE, BETREFFEND ANPASSUNG STRATEGIEPAPIER ENERGIEZUKUNFT ILLNAU-EFFRETIKON 2008 BIS 2050 – BEGRÜNDUNG**

VORSTOSS

Gemeinderat Arie Bruinink, Grüne, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 13. Juni 2019 nachfolgendes Postulat beim Büro des Grossen Gemeinderates ein (GGR-Geschäft-Nr.2019/035):

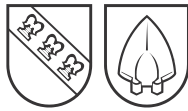
ANTRAG

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob das im Strategiepapier „Energiezukunft Illnau-Effretikon 2008 bis 2050“ genannte Solarflächenziel von 1 m² pro Einwohner/in im Jahr 2030 und 2 m² im 2050 auf 2.8 m² im Jahr 2035 beziehungsweise 5.6 m² im 2050 erhöht werden soll.

BEGRÜNDUNG

Im Jahr 2017 wurden in der Schweiz 6.92 MWh Strom pro Kopf konsumiert¹. Eine Photovoltaik-Anlage mit der Grösse von 45 m² und einer mittleren Leistung von 1MWh pro 6.5 m² könnte diese Menge liefern. Es muss angenommen werden, dass wegen der Umlagerung von fossilen Energieträgern auf Elektrizität zum Beispiel wegen der Elektromobilität, der Bedarf an Strom in Zukunft noch zunehmen wird.

Der Bund hat 2017 seine Energiestrategie 2050 angepasst. Die Energiemenge, welche in der Schweiz mittels erneuerbaren Energien produziert werden soll, wurde dabei deutlich erhöht. War das Ziel im Jahr 2007 noch eine Menge von 5400 GWh für 2030, so sind es heute bereits 11'500 GWh für das Jahr 2035, das heisst eine Verdoppelung. Konsequenterweise müsste diese Kurskorrektur auch im Strategiepapier „Energiezukunft Illnau-Effretikon 2008 bis 2050“ nachvollzogen werden. Das Solarstrompotenzial der Stadt Illnau-Effretikon wird zurzeit auf 75 GWh/Jahr geschätzt². Dies entspricht aktuell der Leistung einer Solarfläche von rund 28m² je Einwohner/in. Mit dem Postulat wird gebeten, das Solarflächenziel moderat anzuheben und zwar auf 10% des Potentials bis ins Jahr 2035 und auf 20% bis ins Jahr 2050. Dies würde aktuell einer Solarfläche von 2,8 m², respektive, 5,6 m² pro Einwohner/in entsprechen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 5. SEPTEMBER 2019

GESCH.-NR. 2019-0519
BESCHLUSS-NR.

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/291728/umfrage/pro-kopf-stromverbrauch-der-schweiz/>

² <https://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/wo-das-solarstrompotenzial-am-groessten-ist/story/16298662>

URHEBER: Gemeinderat Arie Bruinink, Grüne

MITUNTERZEICHNENDE: Gemeinderat Urs Gut, Grüne
Gemeinderätin Denise Tschamper, Grüne
Gemeinderätin Cornelia Tschabold, EVP
Gemeinderat Felix Tuchs Schmid, SP
Gemeinderat Maxim Morskoi, SP
Gemeinderat David Gavin, SP
Gemeinderat Stefan Hafen, SP
Gemeinderat Ralf Antweiler, GLP
Gemeinderat David Zimmermann, EVP
Gemeinderätin Regula Hess, SP
Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP
Gemeinderat Andreas Furrer, SP
Gemeinderat Beat Bornhauser, GLP

EINGANG RATSBURO: 19.06.2019

BEGRÜNDUNG IM RAT: 11.07.2019

FORMELLES

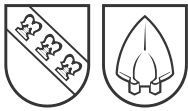
Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Postulat taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Postulate gemäss Art. 69 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.

PLENARDEBATTE

Gemeinderat Arie Bruinink, Grüne, legt konform mit Art. 72 ff. GeschO GGR die Beweggründe, welche ihn zur Einreichung des vorstehenden Postulates motiviert hatten, dar. Basis dafür bildet der zu Grunde liegende Postulatstext, aus welchem sich Begründung, Zielsetzung und Antrag hinreichend ergeben.

Gemeinderat Bruinink projiziert zur Illustration und Untermalung seines Votums entsprechende Grafiken bzw. zusammenfassende Fakten zur besseren Veranschaulichung in den Saal; sie finden sich im Anhang zu diesem Protokoll (Beilage 3).

Die Ratspräsidentin bittet den Stadtrat in Anwendung von Art. 72 Abs. 4 GeschO GGR bekanntzugeben, ob er gedenke, den Vorstoss entgegenzunehmen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 5. SEPTEMBER 2019

GESCH.-NR.

2019-0519

BESCHLUSS-NR.

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, gibt namens des Gesamtgremiums bekannt, wonach der Stadtrat insbesondere angesichts der sich selbst in seinem Schwerpunktprogramm auferlegten Ziele zur Legislatur 2018-2022 in Sachen Energie- und Umweltpolitik bereit sei, den im Postulat formulierten Antrag zu prüfen.

Ratspräsidentin Katharina Morf, FDP, fragt den Rat an, ob Bedarf zur Eröffnung einer Diskussion besteht, was durch einzelne Mitglieder angezeigt wird. Die Diskussion kann in Anwendung von Art. 72 Abs. 4 GeschO GGR direkt und ohne Ratsbeschluss eröffnet werden.

Gemeinderat Simon Binder, SVP, nimmt stellvertretend für die gesamte Fraktion mit Verwunderung zur Kenntnis, wonach der Stadtrat offenbar Bereitschaft erkläre, das vorliegende Postulat zur Entgegennahme zu empfehlen.

Dies nachdem er noch im Jahre 2015 anlässlich eines Postulates des ehemaligen Gemeinderates Roger Mauton, SVP, betreffend die städtische Energiestrategie eine solche Übernahme-Bereitschaft noch verweigerte und erklärte, dass „die in diesem Sachbezug wichtigen Punkte bereits in seinem strategischen Grundsatzpapier zur anzustrebenden Energiepolitik mit Weitblick bis ins Jahre 2050 festgeschrieben sind.“

Es erstaune daher durchaus, dass sich der Stadtrat trotz des an den Tag gelegten Weitblicks dennoch offenbar eines Besseren belehren lassen wolle.

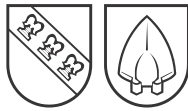
Gemeinderat Binder empfiehlt mit Nachdruck, das zu Grunde liegende Postulat nicht zu überweisen, da die darin gestellten Forderungen von Extremität und Masslosigkeit geprägt seien.

Es läge auf der Hand, dass momentan die Rede von lediglichen Absichtserklärungen und scheinbar weit entfernten Energiezielen sei – aber es werde wohl nicht viel Zeit ins Land ziehen, bis die Grünen mit einem Vorstoss auftrumpfen werden, der herauszufinden bezwecke, mit welchen Massnahmen der Stadtrat seine Energieziele umsetzen wolle. Was dann folgen werde, komme einer regelrechten Subventionsorgie gleich; um beispielsweise Solarflächen, an per se unrentablen Standorten mit Steuergeldern zu unterstützen.

Zu welchem Desaster dieses Gebaren führen könne, habe sich am Beispiel KEV (Kostendeckende Einspeisevergütung) auf nationaler Ebene beobachten lassen. Ausserdem würde auch heute noch im Rahmen der Einmalvergütung (EiV) der Bau von Solaranlagen durch Bundesgelder subventioniert. Da sei es müssig, dass die Stadt Illnau-Effretikon ebenso „in diesem Kuchen mitmischen“ müsse, nur um das System mit weiteren falschen Anreizen zu verkomplizieren.

Tatsächlich habe die Schweizer Bevölkerung, wie im Postulat beschrieben, mit Annahme der Energiestrategie 2050 beschlossen, die gesteckten Energieziele bis ins Jahr 2035 zu verdoppeln. Diesen Entscheid gelte es auf jeden Fall zu respektieren. Allerdings seien damit denn aber auch sämtliche erneuerbare Energien inklusive jene der Wasserkraft gemeint. Gemeinderat Arie Bruinink wolle nun also mit seinem Vorstoss, entgegen der beschlossenen Energiestrategie, ausschliesslich auf Photovoltaik setzen. Zudem beabsichtige er mit dem Postulat, entgegen der ohnehin schon ambitionierten Energiestrategie die erneuerbaren Energien nicht etwa zu verdoppeln, sondern gar schon zu verdreifachen. Die postulierten Forderungen liessen sich daher zu Recht als extrem und masslos bezeichnen.

Gemeinderat Simon Binder blendet zur besseren Veranschaulichung des nun Folgenden eine Grafik ein, welche aufzeigen soll, dass die umschriebene Forderung nach «Photovoltaik only» technisch unsinnig sei. Die projizierte Grafik findet sich im Anhang zu diesem Protokoll (Beilage 4).



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 5. SEPTEMBER 2019

GESCH.-NR. 2019-0519
BESCHLUSS-NR.

Der Postulant erkenne zwar, dass der Strombedarf in Zukunft steigen werde, verschweige aber, dass ein Mehrverbrauch zu weiten Teilen durch den vermehrten Einsatz von Wärmepumpen zur Gebäudebeheizung entstehen wird.

Die roten Balken im Diagramm zeigen, dass der Strombedarf zur Wärmeerzeugung vor allem in den Wintermonaten anfallt. Demgegenüber produzieren die Photovoltaik-Anlagen, eingezeichnet in gelb, genau zu jenem Zeitpunkt, wo für zusätzlichen Strom kein Bedarf bestünde. Der Extremvorschlag aus der Feder der Grünen wolle dieses massive Ungleichgewicht noch weiter verschärfen und gehöre daher abgelehnt.

Dass die gezeigte Grafik nicht etwa eines Märchens entspringe, beweise die sogenannte „Power-to-heat-Anlage“, die Mitte 2017 in Niedergösgen SO in Betrieb genommen wurde. Mit jener Installation könne der Energiekonzern Alpiq eine elektrische Leistung von 22 MW in Sekundenschnelle vernichten. Man habe richtig gehört, solche Dinge gäbe es tatsächlich. Jene Anlage verheize gewinnbringend 22 Mio. Watt, was der Leistung von rund 4 Mio. LED-Leuchten entspreche, da man für den Photovoltaik-Flutterstrom keine genügende Verwendung finde.

Deshalb sei es sinnvoll, auf verschiedene Arten von erneuerbaren Energie zu setzen und damit denn auch realistische Forderungen anzumelden.

Auch der Grüne Nationalrat Bastien Girod werde Freude an der gezeigten Grafik haben – der sommerliche Energieüberschuss bedeute nämlich, dass er bis auf Weiteres nicht auf Klimaanlageanlagen in den parlamentarischen Sitzungszimmern verzichten müsse. Binder spielt auf einen Vorfall an, bei welchem der Grüne Girod bei einer Kommissionssitzung angesichts hoher Temperaturen als Erster auf das Einschalten der Klimaanlage pochte.

Auch Simon Binder zeigt sich begeistert von neuen Technologien und auch er sei bereit, sich für die Entwicklung und Nutzung neuer Technologien einzusetzen. Dies solle aber mit Vernunft erfolgen. Gemeinderat Binder hofft, mit seinen Ausführungen eingehend aufgezeigt haben zu können, weshalb die im Postulat formulierten Forderungen politisch und technisch widersinnig seien. Er appelliere bzw. ersuche das Plenum daher darum, das Postulat nicht zu überweisen.

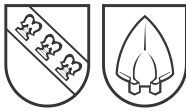
Gemeinderätin Cornelia Tschabold, EVP, referenziert eine Mitteilung des Bundesrates vom 28. August 2019.

Bundesrat will bis 2050 eine klimaneutrale Schweiz

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommens verpflichtet, bis 2030 ihren Treibhausgasausstoss gegenüber dem Stand von 1990 zu halbieren. Aufgrund der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse des Weltklimarates hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 28. August 2019 entschieden, dieses Ziel zu verschärfen: Ab dem Jahr 2050 soll die Schweiz unter dem Strich die diesbezüglichen Emissionen nicht etwa bloss um 80 % reduzieren, sondern sie soll gänzlich keine Treibhausgasemissionen mehr ausstossen. Damit entspricht die Schweiz dem international vereinbarten Ziel, die globale Klimaerwärmung auf maximal 1,5°C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen.

Zusammengefasster und bearbeiteter Auszug aus der Medienmitteilung des Bundesrates vom 28. August 2019.

Was in den kommenden Jahren allerdings ansteigen werde, sei die Kadenz des Stromverbrauchs. Für eine klimaneutrale Schweiz sei die Einführung und Förderung von Innovationen unabdingbar. Insbesondere in den Bereichen Verkehr, Elektro-Autos, Gebäude, usw. erweise sich die Nutzung und Erschliessung neuer Technologien als essenziell.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 5. SEPTEMBER 2019

GESCH.-NR. 2019-0519
BESCHLUSS-NR.

Allerdings sei man sich oft nicht bewusst, dass durch die in aller Munde stehende Digitalisierung der Bedarf an Energieressourcen um ein Vielfaches ansteigen wird, um die entsprechend gewünschten Leistungen auch abzudecken. Der sich exponentiell entwickelnde Datenverkehr der IT-Branche führe zu einem jährlichen Anstieg des Energieverbrauchs um 9 %.

So verbrauche beispielsweise die Kryptowährung Bitcoin enorme Rechenleistungen, was einhergehe mit einem enorm hohen Energiebedarf. Eine einzige Bitcoin-Transaktion benötige 215 Kw Strom; damit liesse sich ein Kühlschrank ein ganzes Jahr lang mit Strom speisen. Der gesamte Energieverbrauch der Plattform stosse heute bereits halb so viel CO₂ aus, wie die ganze Schweiz.

Gemeinderätin Tschabold schliesst ein Fazit, wonach der Mehrbedarf an Energie- bzw. Stromressourcen offensichtlich Realität und Tatsache sei – dieser Mehrbedarf gelte es, klimaneutral zu produzieren. Da läge ein Ausbau der Photovoltaik-Technik nah. Das Potenzial der Stromerzeugung durch Photovoltaik-Anlagen wird bis ins Jahr 2035 auf 16 Terrawattstunden geschätzt. Ob dieses Potenzial je ausgeschöpft werden könne, hänge von verschiedenen Faktoren ab – unter anderem auch von der politischen Unterstützung.

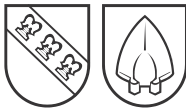
Auch die Stadt Illnau-Effretikon möge wie der Bundesrat die Messlatte nun etwas höher ansetzen und die anzustrebende Solarfläche erhöhen.

Cornelia Tschabold schliesst ihr Votum mit einer Schlagzeile des Tages-Anzeigers aus dessen Ausgabe vom 2. September 2019, wonach der Bund das Potenzial der Wasserkraft überschätzt habe und sich die Photovoltaik trotz aller Kritik nach wie vor lohne.

Gemeinderat Stefan Eichenberger, FDP/JLIE/BDP, stellt einen Ordnungsantrag, womit die Verhandlungen während fünf Minuten für eine Fraktionsberatung zu unterbrechen seien.

ABSTIMMUNG ORDNUNGSANTRAG EICHENBERGER
SITZUNGSUNTERBRUCH

Dem Antrat wird mit grossem Mehr stattgegeben.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 5. SEPTEMBER 2019

GESCH.-NR. 2019-0519
BESCHLUSS-NR.

Die Sitzung wird von 20:10 Uhr bis 20:15 Uhr unterbrochen.

Die Ratspräsidentin nimmt die Verhandlungen wieder auf und erteilt Gemeinderat Maxim Morskoi, SP, das Wort.

Gemeinderat Maxim Morskoi, SP, dankt Gemeinderat Arie Bruinink, Grüne, für dessen gute Präsentation und die Darlegung der Sachlage bzw. die Begründung seines Ansinnens. Gemeinderat Morskoi konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, wonach das dann nachfolgende Votum von Gemeinderat Binder nicht für alle im Saal genügend verständlich gewesen sei.

Bekanntlich handle sich beim zu Grunde liegenden Vorstoss um ein Postulat; demnach also einen Auftrag an den Stadtrat, einen Sachverhalt zu prüfen. Von der tatsächlichen Umsetzung kann daher noch nicht gesprochen werden. Die postulierte Anpassung selbst liege in einem humanen Rahmen. Maxim Morskoi persönlich erachtet gar eine Vervielfachung der entsprechenden Flächen um das Sechsfache für angemessen.

Sollte die Stadt Illnau-Effretikon den Richtwert tatsächlich erhöhen, hätte dies Signalcharakter für andere Zürcher Gemeinden zudem entfalte eine solche Massnahme eine gute Aussenwirkung. Setze die Stadt Anreize, so werde auch die Bevölkerung ihr Tun und Wirken an dieser Strategie ausrichten und „sich in Bewegung setzen“.

Die erwähnte Subventionsorgie war in früheren Jahren tatsächlich Realität. In der Zwischenzeit haben sich die Preise in eine Richtung entwickelt, wo eine eigene Investition sich als ebenso rentabel erweisen könne. Für Bauernbetriebe und Einfamilienhausbesitzer biete die günstige Amortisationsrate Vorteile und Chancen.

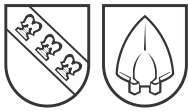
Die durch Gemeinderat Binder erwähnten Power-to-heat und Power-to-gas-Begriffe stellten sinnvolle Technologien dar. Sie bilden eine sinnvolle Ergänzung und vermögen zur Problematik der Stromspeicherung, die sich gerade bei der Photovoltaik-Technologie als komplex erweist, einen Ausgleich zu schaffen.

Abschliessend empfiehlt Gemeinderat Morskoi das Postulat zur Überweisung an den Stadtrat.

Gemeinderat Hansjörg Germann, FDP, teilt namens der gesamten FDP/JLIE/BDP-Fraktion mit, wonach sie die Überweisung des Postulates zu Händen des Stadtrates unterstützen werde.

Die durch Gemeinderat Binder abgegebenen Argumente erwiesen sich als sehr überzeugend, weshalb es die Fraktion vorgezogen hatte, sich nochmals zur Beratung zurückzuziehen.

Dennoch halte die Fraktion an ihrem Entscheid, den Vorstoss zu unterstützen fest, da sich die Delegiertenversammlung der FDP im Juni 2019 neue Zielsetzungen, insbesondere hinsichtlich der Klimapolitik, auferlegt habe. Beispielsweise stehe die Partei für eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 30 % bis ins Jahr 2040 ein.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 5. SEPTEMBER 2019

GESCH.-NR.

2019-0519

BESCHLUSS-NR.

Ebenso unterstütze sie die Strategie des Bundesrates, den Ausstoss von Treibhausgasen bis ins Jahr 2050 gänzlich zu eliminieren. Bis 2030 sollen nach Bestrebungen der Partei zudem 1 Million Fahrzeuge auf die E-Technologien umgerüstet werden. Sämtliche Bemühungen sollen jedoch ohne generelle Verbote und ohne die Erhöhung von Steuerlasten, Abgaben und Subventionen von statten gehen.

Wie der Stadtrat das Postulat zu beurteilen bzw. umzusetzen gedenkt, sei ihm überlassen. Dass das Papier der Energiestrategie einer grundsätzlichen Neubetrachtung unterzogen wird, erachtet die Partei als sinnvoll.

Ob der durch Gemeinderat Bruinink vorgeschlagene Weg der Weisheit letzter Schluss sei, bleibe dahin gestellt. Der Stadtrat sei eingeladen, dies zu prüfen.

Gemeinderat Matthias Müller, CVP, schliesst sich dem Votum von Ratskollegin Cornelia Tschabold, EVP, an. Der Tages Anzeiger titelte diese Woche bezeichnenderweise im Wirtschaftsteil, wonach die Sonnenergie immer günstiger würde, parallel dazu berichtete er im Ressort Wissen über den erlittenen Dämpfer bei der Energiewende. Das zeige ein Stückweit auf, dass der gesamten Thematik verschiedene und durchaus unterschiedliche Aspekte und Interessen zu Grunde liegen.

Gemeinderat Müller verfüge durchaus über die Fähigkeit, gewisse Dinge differenziert zu betrachten. Auch er sei seines Zeichen Besitzer eines Einfamilienhauses und sehe sich aktuell mit der Frage der Stromversorgung konfrontiert. Grundsätzlich erfülle er bzw. sein Wohneigentum über alle notwendigen Kriterien und Eigenschaften, die an eine zielführende Installation von Photovoltaik-Anlagen gestellt werden.

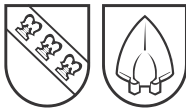
Die Recherche in den Medien liefert allerdings zu Tage, wonach sich die Umrüstung auf Photovoltaik-Technologie für Einzelverbraucher bzw. Kleinanlagenersteller (entgegen der Grossindustrie und Grossanlageninstallationen) wirtschaftlich noch nicht lohne. Der Beitrag zur nachhaltigen Energiegewinnung sei zwar ehrenhaft, wirke zum jetzigen Zeitpunkt aber nur mit geringem Effekt auf das Gesamtvolumen ein.

Gemeinderat Müller zeigte sich daher von Beginn weg nicht sehr erbaut über dieses Postulat. Die Änderung von Zahlen im besagten Strategiepapier des Stadtrates halte er für mässig zielführend, zumal die Art der Energieproduktion nur einen Teilaspekt zur Erreichung der gesetzten Ziele darstelle.

Anlässlich der kürzlich geführten Debatte zum stadträtlichen Schwerpunktprogramm der Amtsdauer 2018-2022 habe Gemeinderat Müller im Sinne eines Grundsatz-Kredos dafür plädiert, wonach im Kleinen das begonnen werden soll, was auch für das Grosse nach aussen gelten und wirken möge.

In diesem Sinne schliesst sich Gemeinderat Müller Vorredner Germann an, wonach der Stadtrat befähigt werden soll, die Sachlage zu prüfen – auch unter dem Gesichtspunkt, da das Strategiepapier, dato 2008, über ein gewisses Alter verfüge und allenfalls auch in anderen Punkten eine Überprüfung angezeigt sei.

Gemeinderat Simon Binder, SVP, möchte insbesondere Replik halten zum Votum von Ratskollege Morskoi. Gemeinderat Morskoi finde sich im Irrglauben, wenn er meine, dass sich die Photovoltaik-Technologie bereits heute als rentabel erweise; im gleichen Atemzug fordere dieser aber weitere Subventionen. Diese Aussage sei widersprüchlich.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 5. SEPTEMBER 2019

GESCH.-NR.

2019-0519

BESCHLUSS-NR.

Tatsächlich sei die Rentabilität einer solchen Anlage in der stetigen Steigerung begriffen, vor allem auch deshalb, da der eigene produzierte Strom und die Speicherung desselben auch vermehrt zur Deckung des Eigenbedarfs beitragen. Diese Tatsache habe den Bund veranlasst, die entsprechenden Subventionen bzw. die Eigenvergütung stufenweise zu reduzieren.

Die implizite Forderung des Postulates, wonach die Stadt nun zusätzliche Subventionen schaffen soll, erlosse sich für Simon Binder in Anbetracht des nun Gesagten daher nicht.

Die Kostendeckende Einspeisevergütung KEV wurde durch Votant Morskoi sehr positiv gelobt, allerdings schweige er aber über die Tatsache hinweg, wonach diese KEV noch nicht bezahlt sei.

Mit der KEV wurden Solaranlagen finanziert, welche sich im Betrieb keineswegs als rentabel erweisen. Dieser Zustand halte bis auf einen Zeithorizont von 25 Jahren an. Die Stromrechnungen beinhalten bis dann einen Zuschlag von 1.6 Rappen zur Finanzierung solcher Anlagen.

Zudem erläutert Gemeinderat Binder nochmals die Unterschiede zwischen den Systemen Power-to-Gaz, welches Strom tatsächlich zu speichern vermag und der Technologie Power-to-heat, wo Energie bloss „verheizt“ werde. Dies nachdem Gemeinderat Binder meint, Ratskollege Morskoi habe dazu Einzelheiten falsch wiedergegeben.

Es überrasche Gemeinderat Binder indessen aufgrund der anstehenden nationalen Wahlen nicht, dass die SVP mit ihrer Haltung einmal mehr alleine auf weiter Flur dastünde.

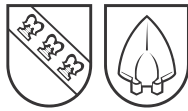
Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE/BDP, dankt dem Plenum für die bislang sehr konstruktive und zugewandte Diskussion, die von einem sehr respektablen Tiefgang geprägt sei.

Die verschiedenen Voten sprächen für sich, ebenso habe sich Gemeinderat Käppeli die differenzierten Äusserungen der CVP- und FDP-Fraktionsvertretungen zu Gemüte geführt. Es bestünde gegenüber der Thematik ein offensichtliches Wohlwollen von allen Seiten, allerdings empfindet Gemeinderat Käppeli - in Wahrnehmung weiterer Haltungen anderer Parlamentarier/innen - den Wortlaut des Postulates auch für den Stadtrat als etwas eng formuliert.

Gemeinderat Käppeli ersucht den Urheber daher Bereitschaft zu erklären, den Text des Postulates allenfalls etwas offener zu formulieren, so dass sich der Spielraum nicht nur auf Solarflächen beschränkt, sondern auch auf andere Energieträger ausweiten möge.

Gemeinderat Arie Bruinink, Grüne, Urheber des Postulates, hält am Wortlaut des Vorstosses fest. Insbesondere daher, da er den Stadtrat explizit, gemäss Sinn und Zweck des Instrumentariums des Postulates, dazu einlade, einen Sachverhalt zu prüfen. Der Stadtrat verfüge über sämtliche Freiheiten, im Rahmen seiner Berichterstattung einen Vorschlag aufzunehmen oder abzulehnen.

Gemeinderat Roland Wettstein, SVP, habe nun mit Aufmerksamkeit sämtliche Voten von links bis rechts verfolgt. Im Jahre 2009 war er seines Zeichens weit und breit einer der ersten, der eine Photovoltaikanlage er-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 5. SEPTEMBER 2019

GESCH.-NR.

2019-0519

BESCHLUSS-NR.

stellt habe. Diese verfüge über eine Fläche von 100 m² und schlug dannzumal mit Erstellungskosten von Fr. 100'000.- zu Buche. Im Gegenzug fliesse ihm über eine Zeitdauer von 25 Jahren eine Vergütung von Fr. 0.75 pro eingewiesene Kilowatt-Stunde ein. Das Einfamilienhaus ging zwischenzeitlich in seinen Besitz über; vor zwei Jahren installierte Gemeinderat Wettstein eine Anlage in dreifacher Fläche der bisherigen; sie kostete noch Fr. 50'000.-. Der produzierte Strom koste ihn somit noch etwa Fr. 0.15/Kw.

Seit 2011 verfüge Wettstein über zwei Elektro-Autos; das ermögliche ihm, den selbst produzierten Strom auch dem eigenen Gebrauch zuzuführen.

Die EKZ werden die Stromkosten im nächsten Jahr erhöhen – das alleinige festschreiben von Zielen in Strategiepapieren sei gut und recht, allerdings stehe und falle das tatsächliche Erreichen von den gewünschten Werten mit der Beteiligung der Bevölkerung.

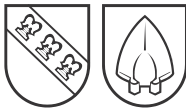
Das System (vor allem auch mit Blick auf Überkapazitäten und die schlechtmögliche bzw. teure Speicherung) berge Herausforderungen und Probleme, welche die Stadt Illnau-Effretikon nicht alleine lösen könne.

Die SVP vertrete die Auffassung, wonach der freie Markt die Strompreise regulieren soll. Wenn die Preise in der Steigung begriffen sind, so sei es nicht angezeigt, Subventionen zu sprechen.

In Deutschland seien komplette Landstriche mit Photovoltaikanlagen „zugepflastert“ und verschandelt; dem Auge des Betrachters präsentiere sich dieser Zustand als sehr unansehnlich – dem Gebot des Landschaftschutzes könne mit Dimensionierungen von solcher Gestalt ebenso nicht mehr Rechnung getragen werden.

Nach Ansicht von Gemeinderat Wettstein möge man die Erstellung von Photovoltaik-Anlagen über den Strompreis und in einem Gesetzeserlass regeln. Richtwerte in einem Strategiepapier zu einen, die über kurz oder lang ohnehin verfehlt werden, führe zu keinen nachhaltigen Erfolgen.

Die Ratspräsidentin stellt die erschöpfte Diskussion fest und leitet das Abstimmungsprozedere zur Frage der Postulatsüberweisung ein.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 5. SEPTEMBER 2019

GESCH.-NR. 2019-0519
BESCHLUSS-NR.

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

BESCHLIESST:

1. Das Postulat Arie Bruinink, Grüne, und Mitunterzeichnende, betreffend Anpassung Strategiepapier Energiezukunft Illnau-Effretikon 2008 bis 2050 wird dem Stadtrat zur Berichterstattung bzw. zur Beantwortung überwiesen.
2. Der Stadtrat hat dem Grossen Gemeinderat Bericht und Antrag in Anwendung von Art. 74 Abs. 1 GeschO GGR innert Jahresfrist, spätestens bis 5. September 2020 zu unterbreiten.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Abteilung Präsidiales
 - Abteilung Hochbau
 - Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten)

Obgenannter Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis von 24:10 Stimmen zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon

Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 06.09.2019

ms